



Infomail März 2025

# Zukunftsfähige Spielregeln für den Schweizer Finanzplatz



Sehr geehrte Damen und Herren

Seit einiger Zeit und besonders seit dem Amtsantritt von US-Präsident Donald Trump häufen sich die Nachrichten, dass nordamerikanische Finanzinstitute massenweise aus internationalen Netto-Null-Allianzen austreten. Ob Bank oder Vermögensverwalter – was sie im Endeffekt zu diesem Schritt motiviert, ist der von Republikanern schon länger geführte (Kultur-)Kampf gegen «woken» Kapitalismus, zu dem für sie auch das Einstehen für mehr Nachhaltigkeit in der Finanzwelt zählt. Das Zerbröckeln der Klima-Allianzen steht damit sinnbildlich für den verstärkten Gegenwind, dem das Thema nachhaltige Finanzen in den USA aktuell ausgesetzt ist.

Der Trend ist besonders bedenklich, weil damit eine Negativspirale in Gang gesetzt wird, an deren Ende möglicherweise auch Finanzinstitute in anderen Weltregionen ihr Klima-Engagement überdenken oder gar zurückfahren. Die vorzeitige Auflösung der Net-Zero Insurance Alliance vor knapp einem Jahr zeigt, wohin eine solche Entwicklung im ungünstigsten Fall führen kann. Der Massensexodus legt zudem schonungslos die Grenzen von freiwilligen Netto-Null-Allianzen offen. Ohne effektive Korrektur- und Sanktionsmöglichkeiten hängt die Wirksamkeit solcher Zusammenschlüsse letztlich vom Goodwill ihrer Mitglieder ab.

## Mehr Verbindlichkeit statt Freiwilligkeit

Die Grenzen von Freiwilligkeit und Selbstregulierung in der Finanzbranche sind es auch, die mitentscheidend waren für den Startschuss zur Volksinitiative für einen nachhaltigen und zukunftsgerichteten Finanzplatz Schweiz. Die Initiative verlangt verbindliche rechtliche Rahmenbedingungen für Geschäfte von Schweizer Finanzinstituten im Ausland, damit diese mehr Verantwortung für Natur und Klima übernehmen. Konkret sollen Schweizer Banken, Vermögensverwalter, Versicherungen und Pensionskassen verpflichtet werden, ihre Investitionen, Finanzierungen und Versicherungsdienstleistungen mit den globalen Klima- und Biodiversitätszielen in Einklang zu bringen. Der Finanzsektor soll so den Übergang zu einer nachhaltigen Wirtschaft ermöglichen und dem raschen Ausstieg aus den fossilen Energien den Weg ebnen. Wie die betroffenen Finanzinstitute das genau umsetzen, ist ihnen überlassen. Die Initiative gibt lediglich die strategische Stossrichtung vor und verzichtet auf detaillierte Vorschriften, womit sie einem liberalen Ansatz folgt.

Das erklärt auch die breite Unterstützung, welche die im November 2024 lancierte Initiative genießt. So finden sich im Initiativkomitee nicht nur Politiker:innen aus linken Parteien, sondern auch aus dem bürgerlichen Lager. Dem Initiativkomitee gehören weiter Vertreter:innen aus der Finanzbranche und der Zivilgesellschaft, inklusive WWF, an. Für sie alle gilt das Credo, dass der Schweizer Finanzplatz wie alle anderen Sektoren der Wirtschaft seinen Teil zur Lösung der Klima- und Biodiversitätskrise leisten kann und muss. Auch wenn es bis zu einer allfälligen Volksabstimmung noch ein weiter Weg ist, ist schon heute klar: Die Finanzplatz-Initiative hat das Potenzial, die Sustainable Finance-Politik der Schweiz in den nächsten Jahren tiefgreifend zu verändern.

## Was soll mit der Initiative erreicht werden?

Die Initiative enthält im Wesentlichen drei Hauptforderungen:

- Der Bund soll sich für eine ökologisch nachhaltige Ausrichtung des Schweizer Finanzplatzes einsetzen und entsprechende Massnahmen treffen.
- Schweizer Finanzmarktteilnehmende sollen darauf hinwirken, dass die von ihnen finanzierten/versicherten/investierten Unternehmen im Ausland ihre Umweltbelastung über die Zeit reduzieren oder vermeiden. Dazu sollen sie ihre Geschäftstätigkeiten im Ausland an den international vereinbarten und von der Schweiz mitgetragenen Klima- und Biodiversitätszielen (u.a. Pariser Klimaabkommen, Globaler Biodiversitätsrahmen von Kunming-Montreal) ausrichten.
- Finanzierungen und Versicherungen, die der Erschliessung und Förderung neuer sowie der Ausweitung des Abbaus bestehender fossiler Energievorkommen dienen, sollen eingeschränkt werden. Ziel ist, dass sich der Schweizer Finanzplatz nicht mehr an der Angebotsausweitung fossiler Brennstoffe beteiligt. Nicht betroffen von diesen Einschränkungen ist insbesondere das Halten und Handeln mit Wertschriften von Unternehmen im fossilen Sektor.

## Auslandfokus und Verhältnismässigkeit

Die Initiative stellt die Auslandwirkung des Schweizer Finanzplatzes ins Zentrum, da diese im Vergleich zur Grösse der Schweiz besonders ins Gewicht fällt. Laut einer **Studie** von McKinsey & Company in Zusammenarbeit mit economiesuisse und WWF Schweiz ist der Schweizer Finanzplatz für ein Vielfaches der gesamten inländischen Treibhausgasemissionen der Schweiz mitverantwortlich. Das Hauptgeschäft von inlanderorientierten Banken wie das Hypothekengeschäft oder die Kreditvergabe an ein Schweizer KMU ist dagegen von der Initiative nicht betroffen. Grund für diesen Auslandfokus ist, dass, im Unterschied zu Firmen im Ausland, Unternehmen in der Schweiz der schweizerischen Gesetzgebung unterstehen.

Die Initiative sieht Ausnahmen für Finanzmarktteilnehmende vor, deren Tätigkeiten mit geringen Umweltauswirkungen verbunden sind. Damit wird ermöglicht, dass der Gesetzgeber im Sinne der Verhältnismässigkeit beispielsweise kleine Kantonbanken und Pensionskassen vom Geltungsbereich der Initiative ausnehmen kann.

## Wie soll die Initiative umgesetzt werden?

Zur Umsetzung der Initiative sollen die Finanzinstitute Transitionspläne erarbeiten und umsetzen. Darin zeigen sie auf, mit welchen Strategien, Zwischenzielen, Massnahmen und Ressourcen sie ihre Geschäftstätigkeiten mit Unternehmen im Ausland auf die internationalen Klima- und Biodiversitätsziele ausrichten. Ein glaubwürdiger Transitionsplan muss zielgerichtet, wissenschaftlich fundiert, unabhängig überprüft und vergleichbar sein. Die Initiative sieht entsprechende Mindestanforderungen vor.

Zur Durchsetzung der Vorgaben ist eine schlanke und wirksame Aufsicht mit Verfügungs- und Sanktionskompetenzen vorgesehen. Diese soll stichprobenartig oder auf Verdacht hin agieren und kann an bestehende Aufsichtsbehörden wie z.B. die FINMA anknüpfen.

Die Initiative schafft keinen «Swiss Finish», sondern orientiert sich an den völkerrechtlichen Verpflichtungen der Schweiz und an bestehenden oder entstehenden internationalen Standards zur umweltverträglichen Ausrichtung der Finanzflüsse. Sie trägt mit differenzierten Anforderungen an Transitionspläne dem Umstand Rechnung, dass im Bereich Biodiversität die Methoden und Standards noch relativ neu und weniger weit entwickelt sind als im Klimabereich.

Die Initiative verfolgt im Kern einen realistischen und pragmatischen Ansatz. Sie ist damit nicht nur notwendig, sondern auch umsetzbar.

### Stephan Kellenberger

Experte für nachhaltige Finanzen beim WWF Schweiz

Mit diesem Infomail informiert der WWF Schweiz Entscheidungsträger:innen und Expert:innen über aktuelle energie- und klimapolitische Herausforderungen und über unsere Positionen und Vorschläge zur Energiezukunft und Dekarbonisierung. Gerne dürfen Sie die Mail weiterleiten. Bisherige Infomails sind [hier zu finden](#). An- und Abmeldungen nehmen wir über folgende Adresse entgegen: [ClimateEnergy@wwf.ch](mailto:ClimateEnergy@wwf.ch)



#### Unser Ziel

Gemeinsam schützen wir die Umwelt und gestalten eine lebenswerte Zukunft für nachkommende Generationen.

#### WWF Schweiz

Hohlstrasse 110  
Postfach  
8010 Zürich

Tel.: +41 (0) 44 297 21 21  
[wwf.ch/kontakt](http://wwf.ch/kontakt)

Spenden:  
[wwf.ch/spenden](http://wwf.ch/spenden)